



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 10.12.2009

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2010 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2009-2013 - Beratung in den beschließenden Ausschüssen - Beratung und Entscheidung über Anträge (Vorl.Nr. 544/09 bis 630/09, 418/09, 420/09, 462/09, 474/09, 514/09) zum Haushaltsplan usw. - weitere Beratung (Vorberatung)	Vorl.Nr. 446/09
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf die dem Gremium zwischenzeitlich übersandten Unterlagen und berichtet, die Beratung des Verwaltungshaushaltes sei in der vergangenen Woche bis auf zwei offene Punkte abgeschlossen worden. Diese würden in der kommenden Woche besprochen. Sodann erinnert er daran, dass die Anträge der Fraktionen zum Vermögenshaushalt bereits am 08.12.2009 vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vorberaten worden seien. Die Ergebnisse lägen dem Gremium vor, man werde jedoch heute nochmals alle Anträge aufrufen. Weiter macht er auf das aktualisierte Änderungsverzeichnis zum Haushalt und die aktuellen Daten der Finanzplanung 2009 bis 2013 aufmerksam. Nachdem nun die Orientierungsdaten des Landes vorlägen, seien diese entsprechen in die Finanzplanung eingearbeitet worden. Für das Jahr 2011 zeichne sich auch bei einer Fortsetzung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen ein Defizit von rund 21,4 Mio. € ab. In der Konsequenz müsse man voraussichtlich die restlichen freien Rücklagenmittel entnehmen. Um Auf Kreditaufnahmen verzichten zu können, sei es dann auch erforderlich, Darlehensrückflüsse der Wohnungsbau GmbH einzuplanen. Ab dem Jahr 2012 könne wieder eine positive Rückführungsrate erwartet werden. Wolle man das derzeit aufgelegte, umfangreiche Investitionsprogramm in den Jahren 2011 bis 2013 wie geplant durchführen, seinen hierfür aber wahrscheinlich Kreditaufnahmen erforderlich.

OBM **Spec** stellt klar, dass es sich bei den Ausführungen von Herrn Kiedaisch zum Investitionsprogramm um rein rechnerische Darstellungen handle. Natürliche empfehle es die Verwaltung ausdrücklich, nicht bis 2013 entsprechende Darlehen aufzunehmen. Vielmehr wolle man bis zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 abwarten und auf Basis der Entwicklungen im Jahr 2010 über das weitere Vorgehen entscheiden. Wichtig sei es, auch in den diesjährigen Haushaltsberatungen und bei der Bearbeitung der noch offenen Prüfaufträge den Konsolidierungskurs weiter nachdrücklich zu verfolgen.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Einmalige Kürzung für bewegliches Vermögen
um 50%
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.11.2009

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, die Ausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie für Bildung, Sport und Soziales hätten in ihren Sitzungen am 08.12.2009 beziehungsweise am 09.12.2009 diesen Antrag abgelehnt. In beiden Ausschüssen sei man zu der Auffassung gelangt, dass eine Steuerung im Vollzug, die unter anderem durch Sperrvermerke für einzelne Ansätze realisiert werden könne, sachgerechter sei als eine pauschale Kürzung aller Ansätze.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

Beratungsverlauf:

- UA 0660 – Neuanschaffung von beweglichem Vermögen Gebäudereinigung – Kürzung 7 500 €
- UA 0670 – Kabelnetz – Kürzung 20 000 €
- UA 0670 – Beleuchtung EDV-Arbeitsplätze – Kürzung 20 000 €
Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung habe in seiner Sitzung am 08.12.2009 diese Anträge abgelehnt.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung über die Anträge.

- UA 2000 – Umgestaltung von Schulhöfen – Kürzung 30 000 €/Zeitliche Verschiebung
- UA 2110 – Außenanlagen Anton-Bruckner-Schule – Kürzung 40 000 €/Zeitliche Verschiebung
Herr **Kiedaisch** informiert darüber, dass beide Anträge im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 zurückgezogen worden seien.

- UA 3600 – Grüne Nachbarschaft – Kürzung 20 000 €
Herr **Kiedaisch** weist darauf hin, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 vom ursprünglichen Antrag abweichend bei eigenen Projekten eine Kürzung um 5 000 € beschlossen habe.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 4601 – Neubau Zaun Jugendfarm – Kürzung 20 000 €
- UA 4640 – Neu-/Umgestaltung Außenanlagen Tageseinrichtungen – Kürzung 10 000 €
Herr **Kiedaisch** gibt bekannt, dass beide Anträge bereits zurückgezogen worden seien.

- UA 5800 – Kleingärten Römerhügel – Kürzung 30 000 €/Zeitliche Verschiebung
- UA 5800 – Umbau Kinderspielplatz Austraße – Kürzung 85 000 €/Zeitliche Verschiebung
Herr **Kiedaisch** berichtet, auch diese Anträge seien zurückgezogen worden.

- UA 6020 – Neuanschaffung von beweglichem Vermögen Tiefbauamt – Kürzung 5 000 €
- UA 6100 – Anschaffung von beweglichem Vermögen Stadtplanungsamt – Kürzung 3 000 €
Herr **Kiedaisch** verweist darauf, dass beide Anträge vom Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 angenommen worden seien.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 6110 – Förderprogramm Natur/Umwelt usw. – Kürzung 25 000 €
Herr **Kiedaisch** lässt wissen, dass der Antrag zurückgezogen worden sei.

- UA 6120 – Neuanschaffung Mobiliar Vermessungswesen – Kürzung 5 000 €
Herr **Kiedaisch** berichtet, der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung habe den Antrag am 08.12.2009 angenommen.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 6120 – Beschaffung von EDV-Systemen – Kürzung 20 000 €
Herr **Kiedaisch** gibt bekannt, dass der Antrag am 08.12.2009 im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung abgelehnt worden sei.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 6130 – Neuanschaffung bewegliches Vermögen Bürgerbüro Bauen – Kürzung 10 000 €
- UA 6135 – Referat OBM, Neuanschaffung von beweglichem Vermögen – Kürzung 30 000 €
Herr **Kiedaisch** informiert darüber, dass beide Anträge zurückgezogen worden seien.

- UA 6156 – Planungen, Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit Soziale Stadt Eglosheim – Kürzung 10 000 €
Herr **Kiedaisch** macht darauf aufmerksam, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 den Antrag abgelehnt habe.

OBM **Spec** und Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutern, die Mittel würden unter anderem für die Maßnahmen am Tammer Platz und die Entwicklung der Tammer Straße eingesetzt. Ziel sei es, durch eine attraktive Gestaltung und eine Aufwertung auch mehr Sozialkontrolle zu erreichen.

Die Stadträte **Griesmaier** macht drauf aufmerksam, dass vor einer Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt der Stadtteilausschuss noch einbezogen werden müsse.

Stadtrat **Glasbrenner** stellt in Frage, ob mit den vorgesehenen 10 000 € der erhoffte Erfolg überhaupt zu erreichen sei.

Stadtrat **Noz** weist darauf hin, dass die Konzeption noch nicht weit genug fortgeschritten sei, um bereits jetzt Ansätze einzustellen. Er regt an, das Vorliegen einer Konzeption abzuwarten und die Mittel gegebenenfalls im Nachtragshaushalt einzustellen.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt spricht sich mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen für dieses Vorgehen aus.

- UA 6157 – Planung Mathilde – Kürzung 25 000 €
Herr **Kiedaisch** verweist auf die Entscheidung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung, den Haushaltsansatz um 15 000 € zu reduzieren.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 6300 – Radwege – Kürzung 150 000 €
Herr **Kiedaisch** berichtet, der Antrag sei im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 abgelehnt worden.

Stadtrat **Glasbrenner** begründet den Antrag seiner Fraktion. Maßnahmen im Bereich der Radwege seien durchaus wünschenswert. Die hierfür eingestellte Summe stehe aber in Anbetracht der Haushaltslage in einem Missverhältnis zu den Mitteln, die für den allgemeinen Straßenunterhalt eingeplant seien.

Stadträtin **Liepins** plädiert dafür, den Ansatz zu belassen. Im Bereich der Fahrradwege sei in den vergangenen Jahren vergleichsweise wenig gemacht worden. Zudem benötige man die Mittel für die Realisierung des Radwegezielnetzes.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) ergänzt, wenn man den Ansatz um 150 000 € kürze, sei neben der Querung B 27/Robert-Franck-Allee kaum mehr Spielraum für weitere Maßnahmen.

Nach Beratung lehnt der Ausschuss den Antrag mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

- UA 6300 – Planungsrate/Grunderwerb Strombergstraße – Kürzung 100 000 €
Die Tagesordnungspunkte 1.27 und 1.5 UA 6300, Vorl. Nr. 555/09 und 575/09, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zur Beratung siehe Tagesordnungspunkt 1.27.

Der Antrag Vorl. Nr. 575/09 ist in diesem Punkt mit der Zusage der Bildung eines Haushaltsrestes erledigt.

- UA 6600 – Gesamtverkehrskonzept – Kürzung 50 000 €
Herr **Kiedaisch** verweist auf die Entscheidung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vom 08.12.2009, den Haushaltsansatz um 25 000 € zu reduzieren.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 6700 – Ausbau/Erweiterung Beleuchtungsanlagen – Kürzung 80 000 €
Herr **Kiedaisch** und Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläutern, dass die eingestellten Beträge für die Umsetzung von Einzelmaßnahmen vorgesehen seien. Hauptsächlich würde hierbei alte, energieineffiziente Technik ausgetauscht. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung liege vor. Der Austausch erfolge im Rahmen des laufenden Unterhalts, auch teilweise wenn auf Grund starker Schäden die Beleuchtung einer ganzen Straße en bloc ausgetauscht werde. Dies sei jedoch unabhängig vom Innenstadtbeleuchtungskonzept, welches derzeit noch erstellt und auf seine Wirtschaftlichkeit geprüft werde.

Auf Grund dieser Erläuterungen zieht Stadtrat **Glasbrenner** den Antrag zurück.

- UA 7500 – Friedhof, Wege, Grünflächen – Kürzung 35 000 €
Herr **Kiedaisch** gibt bekannt, der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung habe am 08.12.2009 den Antrag angenommen.

Herr **Kohler** schildert kurz den Zustand der Wege. Auf Grund der Finanzsituation seien die Mittel bereits reduziert worden. Eine weitere Reduzierung sei mit Blick auf die Verkehrssicherheit maximal für ein Jahr vertretbar.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beschlussfassung.

- UA 7730 – Neuanschaffung von beweglichem Vermögen TDL – Kürzung 32 000 €
Herr **Michel** (FB Technische Dienste Ludwigsburg) stellt dar, dass unter dieser Haushaltsstelle Maschinen und Geräte bis zum einem Betrag von 5 000 € beschafft würden. Der Ansatz befinde sich in einem Deckungskreis mit dem separat ausgewiesenen Ansatz zur Beschaffung von Maschinen über 5 000 € und sei bereits um rund 60% gekürzt worden. Eine weitere Kürzung sei nicht sinnvoll.

Der Antrag ist mit Zusage einer übersichtlicheren Darstellung insbesondere durch die Zusammenfassung mit der Haushaltsposition „Maschinen über 5 000 €“ erledigt. Weiter soll im 1. Halbjahr 2010 berichtet werden, welche Maschinen über diese Positionen beschafft werden.

- UA 7730 – Anschaffung von Fahrzeugen – Kürzung 50 000 €
Die beiden Tagesordnungspunkte 1.5 und 1.16, Vorl. Nr. 575/09 Anschaffung von Fahrzeugen und Nachrüstung Schadstofffilter sowie Vorl. Nr. 620/09 Anschaffung eines neuen Fahrzeugs werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.16.

Der Antrag, die Mittel für die Anschaffung von Fahrzeugen um 50 000 € zu kürzen, wird vom Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt mehrheitlich angenommen.

- UA 7730 – Nachrüstung Schadstofffilter – Kürzung 15 000 €
Die beiden Tagesordnungspunkte 1.5 und 1.16, Vorl. Nr. 575/09 Anschaffung von Fahrzeugen und Nachrüstung Schadstofffilter sowie Vorl. Nr. 620/09 Anschaffung eines neuen Fahrzeugs werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 1.16.

Das Gremium stimmt dem Antrag, die Mittel für die Nachrüstung mit Schadstofffiltern um 15 000 € zu kürzen, zu. Im Gegenzug sollen, wie von der Verwaltung zugesagt, die im Jahr 2009 nicht benötigten Mittel per Haushaltsrest übertragen werden.

TOP 1.6

Sparvorschläge Vermögenshaushalt
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 561/09

Beratungsverlauf:

- UA 2000 – Umsetzung Brandschutzprogramm strecken – Reduzierung 500 000 €
Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) informiert darüber, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales sich in ihren Sitzungen am 08.12.2009 beziehungsweise am 09.12.2009 darauf verständigt hätten, der Verwaltung einen Prüfauftrag zu erteilen. Im 1. Quartal 2010 solle berichtet werden, ob eine zeitliche Streckung der Umsetzung möglich sei. Gegebenenfalls erfolge eine entsprechende Anpassung im Nachtragshaushalt.

Das Gremium schließt sich diesem Votum einmütig an und verzichtet auf eine erneute

Abstimmung über den Antrag.

- UA 3400 – Weiterentwicklung Karlskaserne verschieben – Reduzierung 230 000 €
Herr **Kiedaisch** berichtet, der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung habe in seiner Sitzung am 08.12.2009 diesen Antrag abgelehnt. Die Fassadensanierung von Mannschaftsgebäude und Geschützhaus könne ohnehin nicht mehr gestoppt werden. Schiebe man die Maßnahmen an der Lüftungsanlage der Reithalle, laufe man Gefahr, dass Veranstaltungen ausfallen müssten.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung über den Antrag.

- UA 5610 – Programme für Sportanlagen im Freien verschieben – Reduzierung 235 000 €
Die Tagesordnungspunkte 1.15, 1.16 und 1.6 UA 5610, Vorl. Nr. 603/09, 620/09 und 561/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist darauf, dass sich die Ausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie für Bildung, Sport und Soziales am 08.12.2009 beziehungsweise am 09.12.2009 darauf verständigt hätten, nur den Platz zu sanieren, bei dem diese Maßnahme am dringlichsten sei. Die Entscheidung hierüber solle im 1. Quartal 2010 fallen.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung und Beschlussfassung.

- UA 6157 – Durchbruch Passage Seestraße verschieben – Reduzierung 165 000 €
Herr **Kiedaisch** berichtet, dem Antrag sei bereits entsprochen und eine entsprechende Korrektur sei im Änderungsverzeichnis eingetragen worden.
- UA 6300 – Licht- und Fassadenkonzept Innenstadt verschieben – Reduzierung 93 000 €
Herr **Kiedaisch** verweist darauf, dass sich der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 darauf verständigt habe, den Haushaltsansatz um 20 000 € zu reduzieren.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung und schließt sich dem Votum des WKVs an.

- UA 8420 – Sanierung Ausschank Gaststätte Ratskeller soll neuer Pächter übernehmen – Reduzierung 33 000 €
Herr **Kiedaisch** informiert darüber, dass der Antrag zurückgezogen worden sei.

TOP 1.7

Dringlichste Sanierung Goethe-Gymnasium
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 552/09

Beschluss:

Die für die Innensanierung des Goethe-Gymnasiums im Investitionsprogramm 2011 vorgesehenen Mittel in Höhe von 110.000 € (Seite 45 Investitionsprogramm) werden auf das Jahr 2010

vorgezogen und im Haushaltsplan 2010 eingestellt.

Vordringlich sind damit die Sanierung der Jungentoiletten im Untergeschoss, die Reparaturen der Lichtschutzjalousien nach Süden und Osten und das Anbringen von Schallschutzdecken in den Klassenräumen im Altbau.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Sanierung der Fenster durch Umschichtungen vorgezogen werden kann.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.7 bis 1.10, Vorl. Nr. 552/09, 564/09, 596/09 und 623/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.7.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) weist darauf hin, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales in seiner Sitzung am 09.12.2009 die Anträge zum Goethe-Gymnasium zusammengefasst und dahingehend modifiziert habe, dass für Sanierungsmaßnahmen 25 000 € bereitgestellt werden sollten. Dieser modifizierte Antrag sei vom BSS abgelehnt worden.

Auf Wunsch von Stadtrat **Noz** findet eine erneute Aussprache und Beschlussfassung statt.

Stadträtin **Liepins** bittet darum, nochmals zu klären, ob nicht die dringlichsten Teile der Sanierungsmaßnahmen vorgezogen werden könnten, ohne unnötige Kosten zu verursachen. Sobald man wisse, ob die Toiletten an der bisherigen Stelle verbleiben könnten, könnten diese angegangen werden. Auch bei den Fenstern müsse zumindest sichergestellt werden, dass kein erhöhtes Unfallrisiko bestehe.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, sie glaube nicht daran, dass die Generalsanierung des Goethe-Gymnasiums bald erfolgen werde. In der Vorl. Nr. 633/09 seien beispielsweise nur Grundlagenermittlung und Planung für das Goethe-Gymnasium berücksichtigt, nicht jedoch die Umsetzung der Sanierung. Daher wolle auch sie sich dafür einsetzen, dass zumindest die dringlichsten Teile angegangen würden.

Stadtrat **Haag** hingegen gibt zu bedenken, dass auch eine teilweise Sanierung der Toilettenanlagen erst erfolgen könne, wenn gesichert sei, dass diese an ihrem derzeitigen Standort verblieben. Ein anderes Vorgehen mache unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wenig Sinn. Zudem sei die Toilettenanlage aus seiner Sicht grundsätzlich in Ordnung. Es handle sich in erster Linie um ein Nutzungsproblem.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** erinnert daran, dass der FB Hochbau und Gebäudewirtschaft noch keine abschließende Aussage treffen könne, ob im Zuge einer umfassenderen Sanierung die Toilettenanlagen verlegt würden. Man habe sich daher auch im Gremium bisher darauf geeinigt gehabt, deren Sanierung vorerst zu schieben. Er vertraue auf die Zusage von Herrn Weißer (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), dass die dringenden hygienischen Probleme über die für den Gebäudeunterhalt zur Verfügung stehenden Positionen behoben werden könnten. Weiter verweist er darauf, dass auch das Gesundheitsamt keinen dringenden Grund für eine Sanierung der Jungentoilette sehe. Da andere Schulen ähnliche Toiletten hätten, müsse man auch vermeiden, durch eine nicht unbedingt erforderliche, vorgezogene Sanierung einen Präzedenzfall zu schaffen.

OBM **Spec** stimmt Stadtrat Glasbrenner hierin zu. Die Situation in den Toilettenanlagen sei an anderen Gymnasien durchaus vergleichbar. Im Sinne einer Gleichbehandlung der Schulen werbe

er dafür, vor übereilten Einzelmaßnahmen den Abschluss der Überlegungen zur grundsätzlichen Sanierung abzuwarten. Zudem habe man viel Zeit investiert, einen detaillierten Schulentwicklungsplan auszuarbeiten. Allein auf Grund einzelner vehementer Nachfragen von diesem Fahrplan abzuweichen, sei nicht sinnvoll.

Stadträtin **Burkhardt** wendet ein, nach rund 58 Jahren sei eine Erneuerung der Toiletten am Goethe dringend erforderlich. In anderen Schulen hätten in der Zwischenzeit schon Sanierungen stattgefunden. Entgegen der Aussagen von Stadtrat Haag handle es sich am Goethe-Gymnasium nicht um ein Nutzungsproblem, sondern um Materialermüdung. Auch eine vermehrte Reinigung verbessere den Zustand hier nicht. Die Stadträtin spricht sich nachdrücklich für eine Abstimmung über die Bereitstellung der Mittel aus.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) berichtet, im Rahmen des Bauunterhaltes würde jedes Gebäude von seinem Fachbereich überwacht. Auch an den Toilettenanlagen würden regelmäßig Maßnahmen durchgeführt, so im vergangenen Jahr der Austausch des Porzellans. Die Planung für die Gesamtsanierungsmaßnahme des Goethe-Gymnasiums und damit die Klärung des künftigen Standorts der Toilettenanlagen werde noch ca. 1 Jahr dauern. Von einer vorgezogenen Sanierung der Toilettenanlagen rate er ab, da diese rund 110 000 € kosten. Auch bei den Fenstern und beim Schallschutz bestehe durch den Zusammenhang mit Fensterbänken, Brandschutzdecken und Fassade eine Abhängigkeit von der Gesamtmaßnahme, weshalb er auch hier ein Vorziehen nicht empfehle. Einzelne notwendige Reparaturen würden selbstverständlich weiter durchgeführt.

Stadtrat **Gericke** hofft, dass es zumindest Möglichkeiten gebe, den Zeitplan für die Gesamtsanierung des Gymnasiums etwas zu straffen. Er bitte darum, dies zu prüfen. Es sei bedauerlich, dass beim Goethegymnasium oder auch beim Bildungszentrum West bisher die Sanierung zurückgestellt worden sei, während gleichzeitig Projekte wie die Multifunktionshalle realisiert worden seien. Eine Investition in die Schulen wäre aus seiner Sicht sinnvoller gewesen.

Stadtrat **Noz** kritisiert, dass eine baldige Sanierung des Gymnasiums bereits seit einigen Jahren thematisiert werde. Auf Grund des Berichts von Herrn Kiedaisch zu Anfang der Sitzung glaube er nicht, dass sich die wirtschaftliche Situation in absehbarer Zeit verbessere und dass man die Maßnahme nun zügig angehen könne. Wenn man für die Sanierung im Haushalt nun gar nichts bereitstelle, sei dies ein negatives Zeichen.

Stadtrat **Griesmaier** spricht sich gegen ein „Flickwerk“ aus. Wenn der Schulentwicklungsplan wirklich nachhaltig sein solle, dürfe er nicht durch Zwischeninvestitionen durcheinander gebracht werden. Dass unfallgefährliche Stellen beseitigt und zwingend notwendige Reparaturen vorgenommen werden müssten, verstehe sich von selbst. Bei den Toilettenanlagen könne aus seiner Sicht aber durchaus etwas Geduld bis zur Gesamtsanierung erwartet werden.

Nach Abschluss des Aussprache lässt OBM **Spec** darüber abstimmen, ob wie im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales vorgeschlagen zusätzliche Gelder in Höhe von 25 000 € für Sanierungen im Goethe-Gymnasium zur Verfügung gestellt werden sollen.

TOP 1.8

Goethegymnasium - unaufschiebbare
Sanierungsteile
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 564/09

Beschluss:

Wir bitten die Verwaltung dem Gemeinderat vorzuschlagen, welche unaufschiebbaren

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 10.12.2009

Sanierungsmaßnahmen im Goethegymnasium im Vorgriff auf die geplante Generalsanierung in die Jahre 2010/2011 vorgezogen werden müssen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.7 bis 1.10, Vorl. Nr. 552/09, 564/09, 596/09 und 623/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf und Beschlussfassung siehe Tagesordnungspunkt 1.7.

Der Antrag Vorl. Nr. 564/09 ist mit dem Beschluss zur Tagesordnungspunkt 7.1 ebenfalls abgelehnt.

TOP 1.9	Sofortmaßnahme Goethegymnasium - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 596/09
----------------	--	------------------------

Beschluss:

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt abweichend vom Schulentwicklungsplan, dringende Sanierungsmaßnahmen vorzuziehen und mindestens 100 000,- € im HH 2010 einzustellen.

Im Hinblick auf die geplante Sanierung sollen vor allem Maßnahmen umgesetzt werden, die über die Generalsanierung hinaus Bestand haben, aber auch solche, die aus hygienischen Gründen nicht länger tragbar sind und wo eine weitere Verschiebung nicht hinnehmbar ist. Dabei ist vor allem an die Jungentoilette, die Fenster und Schallisolierung gedacht.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.7 bis 1.10, Vorl. Nr. 552/09, 564/09, 596/09 und 623/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.7.

Der Antrag Vorl. Nr. 596/09 ist mit dem Beschluss zu Tagesordnungspunkt 7.1 ebenfalls abgelehnt.

TOP 1.10	Sanierung Jungentoilette Goethe-Gymnasium - Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 623/09
-----------------	---	------------------------

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2010 werden die notwendigen Finanzmittel zur Sanierung der Jungentoilette des Goethe-Gymnasiums Ludwigsburg eingestellt.

Die Finanzierung erfolgt aus den Finanzmitteln des Antrags eins.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.7 bis 1.10, Vorl. Nr. 552/09, 564/09, 596/09 und 623/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.7.

Der Antrag Vorl. Nr. 623/09 ist mit dem Beschluss zu Tagesordnungspunkt 7.1 ebenfalls abgelehnt.

TOP 1.11	Mehrzweckhalle Oßweil - Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 548/09
----------	---	------------------------

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 548/09, 549/09 und 567/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist darauf, dass im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 entschieden worden sei, den Haushaltsansatz von 2009 in Höhe von 80 000 € nach 2010 zu übertragen. Weiter sei dort ein Bericht für das 1. Halbjahr 2010 zugesagt worden.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung und Beschlussfassung.

TOP 1.12	Mehrzweckhalle in Oßweil - Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009	Vorl.Nr. 567/09
----------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 548/09, 549/09 und 567/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 sei ein Bericht für das 1. Halbjahr 2010 zugesagt worden.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung.

Beratungsverlauf:

Die Anträge Vorl. Nr. 548/09, 549/09 und 567/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist darauf, dass im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 entschieden worden sei, den Haushaltsansatz von 2009 in Höhe von 10 000 € nach 2010 zu übertragen. Weiter sei dort ein Bericht für das 1. Halbjahr 2010 zugesagt worden.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung und Beschlussfassung.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf die im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009 zugesagte Berichterstattung im 1. Halbjahr 2010.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.15, 1.16 und 1.6 UA 5610, Vorl. Nr. 603/09, 620/09 und 561/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist darauf, dass sich die Ausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie für Bildung, Sport und Soziales am 08.12.2009 beziehungsweise am 09.12.2009 darauf verständigt hätten, nur den Platz zu sanieren, bei dem diese Maßnahme am dringlichsten sei. Die Entscheidung hierüber solle im 1. Quartal 2010 fallen.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung und Beschlussfassung.

Beratungsverlauf:

- UA 5610 – Sanierung von zwei Sportplätzen – Reduzierung 0,7 Mio. €
Die Tagesordnungspunkte 1.15, 1.16 und 1.6 UA 5610, Vorl. Nr. 603/09, 620/09 und 561/09 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist darauf, dass sich die Ausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie für Bildung, Sport und Soziales am 08.12.2009 beziehungsweise am 09.12.2009 darauf verständigt hätten, nur den Platz zu sanieren, bei dem diese Maßnahme am dringlichsten sei. Die Entscheidung hierüber solle im 1. Quartal 2010 fallen.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Beratung und Beschlussfassung.

- UA 5800 – Grunderwerb für Kleingärten Römerhügel – Kürzung 0,3 Mio. €
Herr **Kiedaisch** erinnert daran, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 den Antrag abgelehnt habe.

Das Gremium verzichtet auf eine erneute Abstimmung.

- UA 6157 – Bauausgaben Mathildenstraße 29/31 – Kürzung 0,9 Mio. €
Herr **Kiedaisch** verweist darauf, dass der Antrag zurückgezogen worden sei.
- UA 7730 – TDL Anschaffung eines neuen Fahrzeugs – Kürzung 0,3 Mio. €
Die beiden Tagesordnungspunkte 1.5 und 1.16, Vorl. Nr. 575/09 Anschaffung von Fahrzeugen und Nachrüstung Schadstofffilter sowie Vorl. Nr. 620/09 Anschaffung eines neuen Fahrzeugs werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** und Herr **Michel** (FB Technische Dienste Ludwigsburg) erläutern, dass zwischen den Positionen für die Nachrüstung und für die Beschaffung von Fahrzeugen eine gegenseitige Abhängigkeit bestehe. Man müsse den Fuhrpark durch Nachrüstungen oder, wo dies nicht möglich sei, durch Austausch von Fahrzeugen auf einem Stand zu halten, auf dem die anfallenden Aufgaben wirtschaftlich sinnvoll wahrgenommen werden könnten. Die hierfür zur Verfügung stehenden Positionen seien bereits deutlich gekürzt worden. Eine nochmalige Reduzierung gehe zu Lasten einer effizienten Aufgabenerfüllung.

Stadträtin **Burkhardt** und Stadtrat **Glasbrenner** betonen, dass man in der Vergangenheit mit der Ausstattung der TDL einen guten Grundstock gelegt habe. Eine Reduzierung der Ansätze in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müsse auf dieser Basis hinnehmbar sein.

OBM **Spec** gibt zu bedenken, dass der FB Technische Dienste Ludwigsburg im Personalbereich bereits einen deutlichen Beitrag zur Reduzierung der Kosten im Verwaltungshaushalt leiste. Um weiterhin alle Aufgaben erfüllen zu können, seien dann allerdings hocheffiziente Fahrzeuge und Maschinen erforderlich. Er wirbt dafür, die hierfür notwendigen Mittel nicht nochmals zu kürzen.

Die Abstimmung über die Kürzung des Ansatzes für die Neuanschaffung von Fahrzeugen um 0,3 Mio. € erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme, 14 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

TOP 1.17

Energetische Gebäudesanierung
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 594/09

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) erläutert, dass die Stadt für die energetischen Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes einen Kofinanzierungsanteil erbringen müsse. Hierfür habe man Mittel eingeplant, die bisher unter energetischer Gebäudesanierung geführt worden seien. Es handle sich somit nicht um eine Kürzung der Mittel, sondern lediglich um eine Umschichtung.

Der Antrag ist durch Erläuterung erledigt.

TOP 1.18

**Finanzierung von Maßnahmen des
Grünleitplanes**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 595/09

Beschluss:

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt den Antrag, einen ersten Betrag von mindestens 75.000 € zur Finanzierung von Maßnahmen aus dem Grünleitplan in den Haushalt 2010 einzustellen (2.6110.9500).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich abgelehnt.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Gericke** begründet den Antrag seiner Fraktion. Wenn man den Grünleitplan ernst nehme, dann müsse man auch entsprechende Mittel bereitstellen.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) führt aus, dass Maßnahmen aus dem Grünleitplan, die in der Regel auch Ausgleichmaßnahmen seien und zu einer ökologischen Aufwertung führten,

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 10.12.2009

über das Ökokonto finanziert werden könnten. Unter anderem habe man hier die Projekte Zugwiesen und Uferwiesen eingeplant sowie 50 000 € für sonstige Maßnahmen. Ein separater Haushaltsansatz sei nicht erforderlich.

Stadtrat **Gericke** bestätigt, dass man mit den Zugwiesen ein ambitioniertes Projekt verfolge. Allerdings halte er es nicht für sinnvoll, die gesamten Ausgleichsmittel an einer Stelle zu bündeln. Auch bei anderen Themen wie der Naherholung gebe es Bedarf. Alternativ könne man auch den Haushaltstitel Park- und Grünflächen aufstocken. Er bittet um Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion.

OBM **Spec** lässt daraufhin über die Vorl. Nr. 595/09 abstimmen.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Liepins** kündigt Herr **Kohler** an, dass eine Beratung des Grünleitplanes im BUL für den Februar 2010 geplant sei. Anschließend werde das Thema im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt behandelt.

TOP 1.19

Grünleitplan der Stadt Ludwigsburg
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 613/09

Beratungsverlauf:

Die Verwaltung sagt eine Behandlung des Antrags in Zusammenhang mit den Beratungen zum Grünleitplan zu.

TOP 1.20

Planungsrate Schillerplatz
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 557/09

Beschluss:

Für die Weiterentwicklung der Planung am Schillerplatz werden 30.000,- € im Haushalt 2010 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Noz** begründet den Antrag seiner Fraktion. Man sei es der Innenstadt schuldig, diese weiterhin zu stärken und ihr Möglichkeiten zur Weiterentwicklung zur eröffnen. Hierfür sei es auch erforderlich, Mittel einzustellen, die zumindest eine planerische Weiterentwicklung ermöglichen.

Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 10.12.2009

Er wolle damit insbesondere den Innenstadthändlern ein positives Signal geben. Dass man sich bereits jetzt auf eine bestimmte Entwicklungsrichtung festlege, sei nicht erforderlich.

Stadtrat **Gericke** hält dies ebenfalls für ein gutes Signal. Allerdings sei der Schillerplatz hierfür eventuell die falsche Stelle. Es gebe für diesen bereits zahlreiche planerische Entwürfe, die alle nicht weitergeführt hätten. Eine Planungsrate für das Marstallcenter und sein Umfeld oder den Berliner Platz sei weit sinnvoller.

Stadtrat **Lettrari** bestätigt, dass auch aus seiner Sicht der Berliner Platz und die Fuchshofstraße oberste Priorität hätten. Dann folge das Marstallcenter. der Schillerplatz könne vorerst unverändert bleiben.

Verständnis für den Antrag hat auch Stadträtin **Liepins**. Allerdings werde des die finanzielle Lage in den kommenden Jahren kaum erlauben, den Schillerplatz tatsächlich umzubauen. Eine erneute Planungsrate für den Schillerplatz sei daher auch in Anbetracht der bereits erstellten Planungen lediglich ein symbolisches Zeichen. Nötiger sei ihrer Meinung nach eine solche tatsächlich für das Marstallcenter.

Stadtrat **Noz** betont, man stehe bei den Innenstadtakeuren im Wort, dass man die Innenstadt parallel zu der sicher anstehenden Erweiterung des Breuningerlandes weiterentwickeln wolle. Auch er sehe einen großen Bedarf beim Marstallcenter. Gerne könne man daher die Haushaltsposition in „Planungsrate Innenstadt“ umbenennen, damit neben dem Schillerplatz auch andere Planungen finanziert werden könnten.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** spricht sich für die Einstellung einer allgemeinen Planungsrate Innenstadt aus. Mit dieser könne dann flexibel auf aktuelle Anforderungen reagiert werden.

OBM **Spec** lässt über den Antrag Vorl. Nr. 557/09 abstimmen. Die Beschlussfassung erfolgt unter der Maßgabe, dass die Bezeichnung im Haushalt „Planungsrate weitere Aufwertung Innenstadt, u.a. Umfeld Schillerplatz“ lauten solle.

TOP 1.21

Passage Seestraße/Arsenalplatz
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 565/09

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) berichtet, dem Antrag sei bereits entsprochen und eine entsprechende Korrektur sei ins Änderungsverzeichnis aufgenommen worden.

TOP 1.22

Planungsrate für das Gebiet um das Marstall-
Center
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 558/09

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.22 und 1.23, Vorl. Nr. 558/09 und 628/09, werden gemeinsam zur
Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 10.12.2009

Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) gibt bekannt, dass dem Antrag bereits entsprochen sei und entsprechende Mittel eingestellt seien.

TOP 1.23

Pläne zur Umgestaltung des öffentlichen Raumes um das Marstallcenter
- Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 628/09

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.22 und 1.23, Vorl. Nr. 558/09 und 628/09, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) gibt bekannt, dass dem Antrag bereits entsprochen sei und entsprechende Mittel eingestellt seien.

OBM **Spec** erklärt, dass man bereits Gespräche mit den Eigentümern des Marstallcenters über eine Aufwertung führe. Problematisch seien die schwierigen Eigentumsverhältnisse. Die Verwaltung sehe die nunmehr eingestellte Planungsrate auch als Zeichen an die unterschiedlichen Eigentümer. Man wolle sehen, inwieweit diese bereits seien, die Aufwertung mitzutragen und dann in einem weiteren Schritt eine gemeinsame Planungskonzeption erarbeiten.

TOP 1.24

Streichung des Baukindergeldes
- Antrag der FDP-Fraktion vom 08.12.2009

Vorl.Nr. 644/09

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Haag** begründet nochmals den Antrag seiner Fraktion. Beim Baukindergeld handle es sich um eine Freiwilligkeitsleistung, die zudem kaum Einfluss auf eine Bau- oder Kaufentscheidung habe. Durch die Abschaffung könne man einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Abschließend bestätigt er, den im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 erarbeiteten Vorschlag einer Grundsatzdiskussion im 1. Quartal 2010 mittragen zu können.

OBM **Spec** sagt zu, entsprechend verfahren zu wollen.

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** macht darauf aufmerksam, dass für die im Antrag angeführte Umgestaltung der Grünen Bettlade bereits Planungsentwürfe vorlägen. Die Kosten hierfür beliefen sich voraussichtlich auf einen Betrag in mittlerer sechsstelliger Höhe. So wünschenswert die Umgestaltung insbesondere aus städtebaulicher Sicht auch sei, so müsse sie doch gegenüber den vorrangigen Maßnahmen im Bereich Bildung und Betreuung zurückstehen. Es seien in Anbetracht der begrenzten finanziellen Mittel leider nicht alle wünschenswerten Vorhaben realisierbar.

Stadträtin **Burkhardt** begründet ihren Antrag damit, dass die Stadt Ludwigsburg gemeinsam mit dem BUND Ortsverein einen Antrag auf Zuschussgelder bei der Stiftung Naturschutzfond Baden-Württemberg gestellt habe. Dieser Antrag müsse weiterverfolgt werden. Erst wenn die Höhe einer eventuellen Bezuschussung bekannt sei, könne man über das weitere Vorgehen entscheiden.

OBM **Spec** stellt klar, dass für die Weiterverfolgung dieses Antrags keine zusätzlichen Haushaltsmittel eingestellt werden müssten.

Der Antrag ist mit den Erläuterungen der Verwaltung erledigt.

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) gibt bekannt, dass dem Antrag durch die Übertragung der Mittel aus 2009 bereits entsprochen werde.

Der Antrag ist damit erledigt.

Beschluss:

Für die Fortführung der Planung der Strombergstraße werden im Vermögenshaushalt 2010 50.000 € und 2011 weitere 50.000 € eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Ja 8 Nein 6 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.27 und 1.5 UA 6300, Vorl. Nr. 555/09 und 575/09, werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Stadtrat **Noz** erinnert daran, dass sich der Gemeinderat bereits mehrheitlich für eine grundsätzliche Umsetzung der Planungen zur Strombergstraße ausgesprochen habe. Auf Grund der Haushaltslage sei eine sofortige Umsetzung zwar unwahrscheinlich, jedoch solle zumindest bis zu einem baureifen Beschluss weitergeplant werden. Sobald die Mittel zur Verfügung stünden, könne dann eine zügige Umsetzung erfolgen.

Die Stadträte **Griesmaier** und **Glasbrenner** schließen sich dem an. Das Projekt sei dringend notwendig für den Stadtteil Eglosheim und man müsse die Planungen zumindest bis zur Umsetzungsreife weiterführen.

Die Stadträte **Gericke** und **Haag** betonen, sie hielten die Strombergstraße für entbehrlich. Aus diesem Grund unterstützten sie auch die Fortführung der Planungen nicht.

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt dar, dass bei den Haushaltsstellen des FBs Stadtplanung und Vermessung Mittel für das Bebauungsplanverfahren an sich eingestellt seien. Für Ingenieuraufträge, beispielsweise im Bereich des Lärmschutzes, seien bisher keine Mittel eingeplant. Es sei sinnvoll, hierfür ca. 25 000 bis 30 000 € einzuplanen.

OBM **Spec** lässt über den Antrag Vorl. Nr. 555/09 abstimmen.

TOP 1.28

Planungsrate "Lösung B27 für Eglosheim"
- Antrag der CDU-Fraktion vom 25.11.2009

Vorl.Nr. 556/09

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Noz** kritisiert, dass aktuell kein konkreter Ansatz für eine Lösung der Verkehrsproblematik in Eglosheim im Haushalt enthalten sei. Dies mache den Eindruck, als ob eine Verbesserung nicht weiter verfolgt werde.

OBM **Spec** berichtet, dass die Verwaltung weiter auf den dringend notwendigen Ausbau der A81 hinarbeite. Er hoffe, dass dieser in die Bundesverkehrswegeplanung aufgenommen werde. Weiter geht er kurz auf die Vorteile einer bahnparallelen Trasse hinsichtlich der Verkehrswirksamkeit und der niedrigeren Kosten für den Steuerzahler ein. Innerhalb des Gesamtverkehrskonzeptes sei für diese Planungen bereits ein Ansatz rund 80 000 € vorgesehen.

Stadtrat **Noz** betont, es sei ihm wichtig, die Dinge beim Namen zu nennen und einen konkreten Ansatz für die Entlastung Eglosheims auszuweisen.

OBM **Spec** sagt zu, dem Antrag Vorl. Nr. 556/09 zu entsprechen. Der neue Titel der Haushaltsstelle werde "Verkehrsentlastung Eglosheim" lauten. Zusätzlich zu den von der CDU-Fraktion beantragten 10 000 € sollen weitere 20 000 € aus dem Unterabschnitt 6600 „Gesamtverkehrskonzept“ auf die neue Haushaltsstelle verschoben werden.

Das Gremium stimmt diesem Vorschlag mehrheitlich zu.

TOP 1.29

**Anschaffungsetats
- Antrag der SPD-Fraktion vom 25.11.2009**

Vorl.Nr. 562/09

Beratungsverlauf:

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) verweist auf die Berichte im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 08.12.2009 sowie im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 09.12.2009.

TOP 1.30

**Finanzierung Informationstafeln ZOB
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25.11.2009**

Vorl.Nr. 607/09

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** berichtet, das Thema sei bereits im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt behandelt worden. Die Stadt werde sich am GVFG-Antrag der Ludwigsburger Verkehrslinien beteiligen. Da eine eventuelle Bewilligung jedoch rund zwei Jahre dauern könne und zudem ein Vorlauf für die Realisierung der Maßnahme eingeplant werden müsse, sei es nicht erforderlich, bereits jetzt Mittel hierfür einzustellen.

Der Antrag ist mit den Erläuterungen durch die Verwaltung erledigt.

TOP 1.31

**Umbau S-Bahnsteige
- Antrag der Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die
Linke vom 25.11.2009**

Vorl.Nr. 622/09

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** informiert darüber, dass bereits Gespräche liefen. Es werde auch ein entsprechendes Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 10.12.2009

Schreiben der Stadt Ludwigsburg an die Bahn erstellt. Eine Vorfinanzierung der Maßnahmen seitens der Stadt sei jedoch derzeit nicht vorstellbar.

Der Antrag ist mit Erläuterungen durch die Verwaltung erledigt.

TOP 2

**Änderung der Friedhofsordnung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 537/09

Beratungsverlauf:

OBM Spec setzt den Punkt von der Tagesordnung ab.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 16.12.2009 erfolgen.

TOP 3

**Berichtswesen in der Stadt Ludwigsburg
- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im
Baubereich**

Vorl.Nr. 633/09

Beratungsverlauf:

OBM Spec setzt den Punkt von der Tagesordnung ab.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 16.12.2009 erfolgen.

TOP 4

**Hartenecker Höhe
- Sachstandsbericht**

Beratungsverlauf:

OBM Spec setzt den Punkt von der Tagesordnung ab.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 16.12.2009 erfolgen.

TOP 5

Einrichtung eines Fahrradstreifens in der
Wilhelmstraße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 18.09.2009

Vorl.Nr. 408/09

Beratungsverlauf:

OBM Spec setzt den Punkt von der Tagesordnung ab.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 16.12.2009 erfolgen.

TOP 6

Errichtung eines Zugangs für Rettungsboote am
Neckarufer in Hoheneck
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2009

Vorl.Nr. 399/09

Beratungsverlauf:

OBM Spec setzt den Punkt von der Tagesordnung ab.

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 16.12.2009 erfolgen.